

Die dänische Sozialdemokratie und der Krieg.

E Kopenhagen, Mitte Mai.

Der Umstand, daß der sozialistische dänische Minister ohne Portefeuille Stauning in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei seines Landes es übernommen hat, die ersten Telegramme zwischen russischen revolutionären Sozialdemokraten und den deutschen Genossen zu vermitteln, hat in der dänischen Chauvinistenpresse und also auch in der Entente- und sozialistischen Presse, den alten Feldzug gegen die dänische Sozialdemokratie ihrer vermeintlichen Deutschfreundlichkeit halber wieder aufleben lassen. Die Legende dieser Deutschfreundlichkeit geht darauf zurück, daß die dänischen Chauvinistenorgane sich durchaus im Fahrwasser der Entente befinden, und die sozialdemokratischen Blätter des Landes die gefährliche, hier und da bis zur Kriegsbeherde gesteigerte Tonart und die billigen Argumente dieser Presse unablässig im Interesse der dänischen Neutralität bekämpften, jener dänischen Neutralität, für welche die Sozialdemokratie als größte Gruppe des Folkething und als Partei, die hauptsächlich die Stütze des radikalen Ministeriums bildet, einen nicht geringen Teil der Verantwortung zu tragen hat. Und noch eine andere Tatsache hat dieser Legende nicht unerheblich Vorschub geleistet: Am 2. August 1914 trug der leitende Artikel der Parteizeitung „Socialdemokraten“ in Kopenhagen die große Ueberschrift: „Rußlands Bar hat den Weltbrand entzündet“, und der Schreiber des Artikels nagelte darin fest: „Deutschlands Regierung hat ganz unzweifelhaft den Ausbruch des Krieges zu hindern gewünscht... Aber Rußlands reaktionäre Banden trieben die Kriegsveranstaltungen durch...“ Den wahren Sinn dieses Artikels hat im Verlauf des Krieges die Gastfreundschaft bargelegt, die die dänische Sozialdemokratie im ausgedehntesten Maße revolutionären russischen Elementen angedeihen ließ, die der Krieg und gemeinsame Ideen in Kopenhagen zusammenführten. Trotzdem versuchte jetzt wieder die englische Regierung diesen Artikel als Argument gegen die Petersburger Reise des Redakteurs Borgberg, des verantwortlichen Leiters von „Socialdemokraten“, auszunutzen, bis es dann doch Besserverstehenden gelang, den französischen Minister Thomas davon zu überzeugen, daß es unmöglich sei, einem der Führer der dänischen Sozialdemokratie wegen angeblicher „Russenfeindschaft“ die Einreise nach Rußland zu verweigern.

Während des Krieges hat sich die Partei oft durch ein gerechtes Urteil über die Situation ausgezeichnet und im übrigen gemäß einem gleich zu Beginn des Krieges gefaßten Beschluß eine unaushörliche Agitation für den Frieden betrieben. Dies geschah nicht etwa bloß aus allgemeinen sozialistischen Friedensideen heraus, sondern auch im wohlverstandenen Interesse Dänemarks, das, in einem weiteren politischen Rahmen gesehen, durch seine geographische Lage an einem raschen Abschluß des Krieges, trotz den Verdiensten seiner Flotte in den ersten Kriegsjahren, stets gleichmäßig interessiert war. Aus diesem Grunde waren die Argumente der äußeren Politik, die die dänischen Sozialisten vertraten, stets zunächst von dem Bestreben bestimmt, die praktischen Folgen der aktuellen Ereignisse im Lichte der dänischen Notwendigkeiten zu beurteilen. Die Erkenntnis, die bei Eintritt der deutschen Seesperre, ganz spontan und nicht gerade herzlich begrüßt, in einem der heftigsten antideutschen Heftblätter zu Worte kam, daß nämlich Dänemark den Bedingungen unterworfen sei, die der Krieg Mitteleuropa diktiert, dürfte darum den sozialdemokratischen Politikern damals nicht mehr neu gewesen sein. Es war bereits ganz im Geiste dieser Erkenntnis, daß im Oktober 1916 während des deutsch-norwegischen Konfliktes „Socialdemokraten“ auf das nachdrücklichste die Gefahren betonte, die Englands Einreisepolitik für Dänemark in einem Augenblick bedeute, in welchem sie sich bemühte, den Ring um Deutschland auch im Norden zu schließen.

Wenn man von der Friedensarbeit der dänischen Sozialdemokratie spricht, muß auch ihre Beteiligung an den Zimmerwalder Bestrebungen genannt werden. (Es ist übrigens nicht uninteressant, daß Minister Stauning in Stockholm dieser Lage in einem Privatgespräch äußerte, es sei ihm stets so erschienen, als ob das Zimmerwaldkomitee, das eigentlich als eine interimistische Institution gegründet war, die gefährliche Tendenz in sich trage, sich zu einer Inter-

nationalen neben der Internationalen zu entwickeln.) Und es muß in diesem Zusammenhang auch an die herrliche Unterstützung gedacht werden, die das deutsche Friedensangebot und die Wilsonsche Friedensbotschaft von sozialistischer Seite in Dänemark fand. Als diese beiden Aktionen mit der Antwortnote der Entente an Wilson scheiterten, zögerte „Socialdemokraten“ nicht, das imperialistische Friedensprogramm auf das Entschiedenste zurückzuweisen.

Die russische Revolution hat dann neue Bewegung in die auf Frieden gerichteten Bestrebungen gebracht und zugleich eine andre Seite der großpolitischen Gedankengänge der dänischen Sozialdemokratie aufs Deutlichste klar gestellt, eine Seite, die seitdem bereits mehrfach von deutschen Blättern recht kritisch angepaßt worden ist: nämlich die Unterstützung eines von außen kommenden Postulats nach einer Demokratisierung Deutschlands als einer Art von „Kriegsziel“ des neuen Rußland und des „demokratischen“ Westens. Allerdings hat der Umstand, daß man sich in den deutschen Blättern recht entschieden dagegen gesträubt hat, sich in diese Angelegenheiten von Außen her hineinreden zu lassen, bereits einiges Verständnis dafür gezeigt, daß die inneren Fragen der deutschen Verfassung im Grunde genommen nur Deutschland allein angehen. Und man findet auch eine bedeutende Abschwächung der oben erwähnten Forderung in einem beachtenswerten Artikel, den „Socialdemokraten“ bereits vor einiger Zeit veröffentlichte, und der sich prinzipiell gegen eine gewaltsame Durchführung des Nationalitätenprinzips aussprach. Der Artikel schloß ungefähr: „Bei allem Respekt vor Prinzipien bleibt tatsächlich kein anderer Weg als der von Verhandlungen. Es ist dann Sache der Völker, durch völlig demokratische Selbstregulierung, durch vollkommene Achtung vor der sprachlichen und kulturellen Freiheit jeder Nationalität und durch eine internationale Rechtsorganisation den Frieden dauernd zu gestalten.“ Daß der Passus über die „sprachliche und kulturelle Freiheit jeder Nation“ durchaus auch im Interesse von Dingen gedacht ist, die vor allen anderen den Dänen am Herzen liegen, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß einem hervorragenden Führer der Partei Konflikte mit deutschen Behörden nicht erspart blieben, die sich aus Bestimmungen ergaben, welche ihm nicht der „sprachlichen und kulturellen Freiheit“ zu entsprechen schienen.

Am nächsten Mittwoch soll nun voraussichtlich unter dem Vorsitz des dänischen Parteivorstandes Minister Stauning in Stockholm wieder das ständige Komitee für Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen Scandinaviens zusammentreten, um tätigen Anteil an den Vorbereitungen zu dem kommenden Sozialistenkongreß zu nehmen, an dessen Zustandekommen Stauning nicht zuletzt beteiligt sein dürfte, und der Dank der Verhehung durch die dänische Chauvinistenpresse in Ententeblättern pathetisch als „das Komplott von Stockholm“ bezeichnet wird. Wir werden gut daran tun, in der Teilnahme der dänischen Sozialdemokratie an diesen Verhandlungen nicht, wie die Blätter der Entente gern uns und anderen glauben machen möchten, ein Plus der Stimmen für die deutsche Auffassung der Lage zu erblicken. Was wir mit Fug und Recht von den dänischen Sozialisten erwarten können, ist nicht mehr, als wir bei jedem gerechten neutralen Beurteiler der Situation als Minimum an Objektivität voraussetzen müssen, vereint mit den Forderungen des internationalen Sozialismus und nicht zuletzt vereint mit der Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer eigenen, engeren Heimat.